



## Inhaltsverzeichnis

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV	3
03.08.2025 Ostsee-Zeitung.de: Unternehmer kritisieren Landesregierung in MV: „Wirtschaft erwartet konkrete Entlastungen“	4
EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	6
02.08.2025 scharf links: Einladung des Bundesumweltministers nach Ahaus wegen drohender Castor-Transporte	7

## Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

Kostenfrei bis 20:10 Uhr lesen, Baugenehmigungen dauern zu lange

## Unternehmer kritisieren Landesregierung in MV: „Wirtschaft erwartet konkrete Entlastungen“

Schwerin

Mindestlohn, Vergabeverfahren, Gewerbegebiete: Vermehrt gibt es Kritik von Wirtschaftsunternehmen an Entscheidungen der rot-roten Landesregierung. Wie Ministerpräsidentin Manuela Schwesig darauf reagiert.

Wettbewerbsfähige Energiepreise, hohe Netzentgelte sowie fehlende Fortschritte beim Ausbau zukunftsfähiger Infrastrukturen sind Themen, die die Unternehmen in Rostock und Westmecklenburg bewegen. Das haben die Präsidenten der Industrie- und Handelskammern (IHK) Klaus-Jürgen Strupp (Rostock) und Matthias Belke (Schwerin) auf ihrer Sommertour festgestellt.

„Die Wirtschaft erwartet konkrete Entlastungen und keinen Verweis auf politische Absichtserklärungen. Es ist höchste Zeit, dass die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern beim Bund nicht nur Initiativen ankündigt, sondern Ergebnisse einfordert – insbesondere bei den Netzentgelten, die dort niedrig sein müssen, wo der Strom erzeugt wird: in Mecklenburg-Vorpommern“, so Klaus-Jürgen Strupp, Präsident der IHK zu Rostock.

Die Forderung der Wirtschaft sei auch seit Jahren eine der Landesregierung, sagt Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD). „Die Netzentgelte müssen abgesenkt werden. Da macht die Bundesregierung einen großen Schritt.“ Die Absenkung sei zum 1. Januar 2026 beschlossen. „Ich erwarte, dass die Energieministerin dafür sorgt, dass diese Entlastung auch an Wirtschaft und Bevölkerung gegeben wird.“

Matthias Belke, Präsident der IHK zu Schwerin, spricht von strukturellen Problemen, die die Unternehmen belasten und nennt als Beispiel die lange Ver-

fahrungsdauer für Baugenehmigungen. „Es funktioniert nicht mehr“, sagt Belke. „Das Land sollte die Hilferufe aus der Wirtschaft hören.“ Doch auf Nachfragen gebe es keine Reaktionen. Die Unternehmen wüssten nicht, ob und wann eine Genehmigung kommt. „Es gibt keinen Hinweis, ob die Bearbeitung vier Wochen oder länger dauert. Da geht es auch um die Existenz oder Kurzarbeit.“

### Baugenehmigungen dauern lange

Manuela Schwesig bestätigt, dass Baugenehmigungen ein Thema sind. „Da kommt es darauf an, wie schnell die Kommune ist. Es gibt positive Beispiele wie hier in Schwerin der digitale Bauantrag von Ypsomed, der in ein paar Wochen genehmigt war. Es gibt aber sicher auch Beispiele, wo es hakt.“

Die Bundesregierung habe deshalb auch einen Bau-Turbo beschlossen. „Und wir als Land haben nochmal einen Bundesratsantrag gestellt, dass der auch für die öffentlichen Bauten wie für die Unimedizin gilt.“ Außerdem sollten die Genehmigungsverfahren unbürokratischer werden.

### Prüfung für grüne Gewerbegebiete im Land läuft

Die Industrie- und Handelskammern fordern auch zügige Fortschritte bei der Ausweisung neuer Gewerbeflächen, der Gründung einer Innovationsagentur sowie eine engere Zusammenarbeit mit den Unternehmen in Fragen der Fachkräftesicherung.

Die Ausweisung und Schaffung „Grüner Gewerbegebiete“ ist im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Linke festgeschrieben. „In Grevesmühlen, Parchim und Hagenow gibt es bereits ausgezeichnete Grüne Gewerbegebiete“, informiert Jonas Bohl, Sprecher des Wirtschaftsministeriums. „Weitere Gebiete werden aktuell geprüft.“

Kritik von den IHKs gab es zuletzt am Mindestlohn oder dem Vergabeverfahren. Auf ihrer Sommertour wird Manuela Schwesig am 13. August mit den Präsidenten und Hauptgeschäftsführern der IHKs und Handwerkskammern in Mecklenburg-Vorpommern ins Gespräch kommen.

### Doppelhaushalt: Investition in Wirtschaft

Sie hat bereits angekündigt: Mit dem Doppelhaushalt 2026/2027 soll weiter in die Wirtschaft investiert werden, um Arbeitsplätze zu sichern. „Wir können bestehende Unternehmen unterstützen, wenn sie zum Beispiel ihre Produktion erweitern“, sagt Schwesig. Dann gehe es auch um Neuansiedlungen. „Wir haben vor allem die Möglichkeit, attraktive Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen und Wirtschaftsförderung zu machen.“ Die Sanierung der Schulen komme auch der Wirtschaft, gerade der Bauwirtschaft, zugute.

OZ

Wörter: 572  
Autor/-in: Anja Levien  
Ressort: Kostenfrei bis 20:10 Uhr lesen  
Rubrik: Mecklenburg-Vorpommern  
Medienkanal: ONLINE  
Mediengattung: Online News  
Medientyp: ONLINEMEDIEN  
Weblink: <https://www.ostsee-zeitung.de/mecklenburg-vorpommern/unternehmer-aus-rostock-und-schwerin-kritisieren-landesregierung-erwarten-konkrete-entlastungen-STLTFGLBSRDMXNMRYESBCRUQQ.html>  
1  
von PMG gewichtet 06-2025

# EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 scharf links

## Einladung des Bundesumweltministers nach Ahaus wegen drohender Castor-Transporte

2. August 2025 13:36 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Von BI Ahaus

BI begrüßt parteiübergreifende Initiativen von Abgeordneten aus dem Münsterland – Gespräche müssen aber auch mit Finanz- und Forschungsministerium stattfinden!

Die Bürgerinitiative „Kein **Atommüll** in Ahaus“ begrüßt die Initiative zweier Bundestagabgeordneter aus dem Münsterland, Bundesumweltminister Carsten Schneider nach Ahaus einzuladen, um mit ihm und Betroffenen über Alternativen zu den drohenden **Atommüll**-Transporten aus Jülich nach Ahaus zu sprechen. Die Abgeordneten Jan-Niklas Gesenhues (Grüne) und Mareike Hermeier (Die Linke) hatten sich letzte Woche parteiübergreifend zu dieser Initiative entschlossen. Die BI würde es auch begrüßen, wenn sich weitere Abgeordnete aus der Region diesen Bemühungen anschließen würden.

Allerdings: Wenn die angestrebten Gespräche zum Erfolg führen sollen, müssen zeitnah weitere Gespräche stattfinden. Denn der Bundesumweltminister hat nur begrenzten Einfluss auf die möglichen Alternativen: Der Neubau einer zeitgemäßen Zwischenlagerhalle in Jülich selbst kann nur von der dortigen **Entsorgungsgesellschaft JEN** in die Wege geleitet werden. Und deren Aufsichtsrat wird dominiert von anderen Bundesministerien: denen für Finanzen sowie für Forschung, Technologie und Raumfahrt. Die aber weigern sich bisher unter Berufung auf wenig seriöse Kostenrechnungen, die nötigen Schritte für einen Neubau in Jülich zu genehmigen. Hier müssten dringend die notwendigen Gespräche geführt werden. Wenn die Bundestagsabgeordneten aus der Region hierbei aktiv würden, hätte dies die volle Unterstützung der BI.